

Landwirtschaftliche Sachverständige angestellt, sondern auch landwirtschaftliche Kulturämter zur Förderung der Landwirtschaft eingerichtet werden, daß in unseren Kolonien in größerer Zahl als bisher landwirtschaftliche Versuchstationen — auch zur Förderung der Viehzucht — eingerichtet und entsprechend ausgestattet werden und dazu ferner für Anlage von botanischen Gärten und Verweigerung der Kulturgärten Sorge getragen wird, daß die Einrichtungen für die systematische Erziehung und Belehrung der Eingeborenen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in unseren Kolonien vermehrt werden. — Staatssekretär des Kolonialamtes v. Lindemann erklärte, daß er völlig auf dem Boden des Referenten stehe. — Nach Annahme dieser Anträge ging die Beratung zu dem Thema über: Haben in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Deutschlands wesentliche Veränderungen stattgefunden? Der Referent, Landesökonomierat Dr. Herz-München, meinte, es habe eine Abkehr von der ländlichen Kost zur städtischen, namentlich hinsichtlich auf den Gebrauch von Milch stattgefunden. Er beantragte daher folgende Resolution: „Wo die neue ländliche Kost nicht zweckmäßig und besser als die frühere ist, muß durch Belehrung und Vorbild Abhilfe geschafft werden. Es ist anzustreben, daß alle, welche bisher schon so hingebend für das Volkswohl mit den Behörden zusammengearbeitet haben: Wohlfahrts- und Frauenvereine, landwirtschaftliche, milchwirtschaftliche, genossenschaftliche Körperschaften, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Lehrerinnen und die Landwirte selbst mit den Massereien sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, um nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Möglichkeiten die bereits erwähnten Einrichtungen zu pflegen und weiter auszubauen, welche der Volkswohlfahrt und Volksbelehrung, Säuglings- und Krankenfürsorge, Kinder- und Volksernährung, Haushaltsführung, Alkoholbekämpfung, Ruzvich- und Ziegenhaltung, Gewinnung, Behandlung, Verwertung und Verwendung der Milch und ihrer Erzeugnisse dienen.“

In der Diskussion wurde lebhafter Einspruch gegen die Behauptung des Dr. Hauptmann erhoben, daß auf dem Lande Unterernährung bestehe. Dr. Hauptmann erwiderte darauf, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, darauf hinzuweisen, es seien Zeichen der Unterernährung vorhanden und es müsse daher dieser Gefahr begegnet werden. — Die Resolution wurde angenommen.

Vollstättige Rundschau.

Dresden, den 15. Februar 1911.

— Der Reichstag führte am Dienstag die Generaldebatte zum Marineetat zu Ende, ohne jedoch die Abstimmung vorzunehmen. Die Debatte zerriss nichts Neues. Nur zum Schluß der Sitzung griff der Abg. Strube (Nst.) den Abg. Eberger scharf an.

— Die Budgetkommission des Reichstages hat die Militärvorlage angenommen; freilich nicht, ohne sich über alle Einzelheiten zu informieren. Als der Abg. Eberger, gestützt auf Mitteilungen aus dem Kriegsministerium, einige Zahlen über die wirklichen finanziellen Konsequenzen des neuen Quinquennates gab, erfuhr man die volle Belastung und sah, daß es mit den offiziell angegebenen 104 Millionen für die Verstärkung der Seeresorganisation nicht sein Bewenden habe, sondern daß sich die finanzielle Tragweite der Vorlage auf 141 Millionen erstreckt. Der Reichssekretär hatte selbst von diesen Zahlen noch nichts gewußt. Er ließ auch seine Zustimmung darüber deutlich genug durchblicken, daß er selbst im Unklaren über die Tragweite der militärischen Forderungen gelassen worden war. Kriegsminister und Reichssekretär markierten aber schnell die vollkommene Homogenität. So begnügte sich auch die Kommission mit dem schwachen Trost, daß sie ja vorläufig erst 8 Millionen zu bewilligen habe und kümmerte sich nicht weiter um die Zukunft. Aber man wird sich sagen müssen, daß künftig mit erhöhten militärischen Ausgaben gerechnet werden muß. Das neue Quinquennat dürfte die Militäraufgaben nicht um 20, sondern um 28 Millionen im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre steigern. Aber die absolute Notwendigkeit für die Anforderungen liegt klar zutage, so daß man in den lauren Äpfel beißen muß.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Dienstag bei der Beratung des Ministeriums des Innern zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten v. Bieberstein (Nst.) und dem Abgeordneten Schiffer (Nst.). Auch der Zentrumsabgeordnete Gronowski rechnete mit den Nationalliberalen und Sozialdemokraten gründlich ab. Der nationalliberale Abgeordnete Schiffer machte einen scharfen Vorstoß gegen die Konservativen, die nach seiner Behauptung eine gefährliche Kaitation gegen die Liberalen und eine aufreizende Politik getrieben haben sollen, so daß sie hauptsächlich an dem Anwachsen der Sozialdemokratie schuld seien. Der konservative Abgeordnete v. Heubrand und der Nst. antwortete mit derselben Entschiedenheit auf die Angriffe und hielt ihnen vor, wie die Nationalliberalen besonders durch ihre Rede gegen die Reichsfinanzreform die Reihen der Sozialdemokratie verstärkt haben, so daß die nationalliberalen Agitatoren sich kaum noch von den sozialdemokratischen „Genossen“ unterscheiden. Mit ihrer „doppelten Buchführung“ erklärten sich die Nationalliberalen einmal als „Todsünde der Sozialdemokratie“, während sie auf der anderen Seite mit der Sozialdemokratie zusammengingen, wie in Baden und Sachsen. Zum Schluß wiederholte der konservative Wortführer, daß die nationalliberale Partei hauptsächlich die Schuld daran trage, wenn jetzt der Kampf aller gegen alle herrsche. Stürmische Szenen, in denen sich Weifall, Widerspruch und Pflichten durcheinander mischten, folgten dieser Rede. Zum Schluß hielt der Zentrumsabgeordnete Gronowski eine Abrechnung mit der Sozialdemokratie, die in ihrer Art ganz vortrefflich war und auf allen Seiten des Hauses einen großen Eindruck hervorrief, auch bei den Sozialdemokraten, die den Redner durch fortwährende Zwischenrufe — einige derselben waren so beleidigend, daß der Präsident v. Ardenne dem Abgeordneten Liebkecht zweimal einen Ordnungsruf erteilen mußte — zu unterbrechen und aus dem Konzept zu bringen suchten.

— Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg Freiherr v. Manteuffel (Kroffen) beabsichtigt, wie der

„Berl. Lok.-Anz.“ hört, sein Amt niederzulegen. Sein Abschiedsgesuch wird den Provinzialausschuss in der am 16. d. M. beginnenden Tagung beschäftigen. Am 26. Februar tritt dann der Provinziallandtag zusammen, der über das Gesuch endgültig zu befinden hat.

— Der Modernisteneid der deutschen Professoren. Kardinal Kopp hatte dem Papste die Erklärung der Breslauer Theologieprofessoren übermittelt in betreff des antimodernistischen Eides. Der Kardinal erhielt darauf vom Kardinalstaatssekretär Merry del Val folgende lateinisch abgefaßte Antwort, welche „Osservatore Romano“ veröffentlicht:

„Der Heilige Vater hat den Brief Seiner Eminenz vom 6. d. M. mit gebührender Aufmerksamkeit gelesen. Du berichtest die Erklärung der theologischen Lehrer der Breslauer Universität, daß der Eidswur gegen den Modernismus nichts enthalte, was die von ihnen stets beobachtete Glaubensregel abändern oder überschreiten könnte oder was irgend eine neue Verpflichtung auferlegen, oder der Treue gegen die staatliche Autorität widerstreite oder den Fortschritt der Studien hindere, und du fügtest hinzu, daß du um Uebermittlung dieser Ergebniserklärung an den Heiligen Vater gebeten worden seiest. Der Heilige Vater nahm diese Gefühle mit väterlichem Wohlwollen entgegen; obgleich er nur mit Freude leben kann, wenn der Eidswur von allen Geistlichen der Welt ohne Unterschied geleistet wird, erachtet er es indessen nicht tadelnswert, jene Priester an der Universität Breslau, welche, lediglich die Lehrtätigkeit ausübend, sich seiner etwa enthalten, denn sie nutzen tatsächlich die vom Heiligen Vater selbst gegebene gütige Auslegung des Gesetzes und somit gewissermaßen ihr eigenes Recht, und sie legen auch nicht an den Tag, daß sie sich dieser Lizenz aern bedienen noch gebürden sie sich als klägliche Opfer der Urteile der Menschen, da sie vielmehr durch ihre ausgedehnte Erklärung ihre aufrechte Denkweise in diesem Punkte offenbart haben und niemand von ihnen, gemäß dem Zeugnis Deiner Eminenz gezögert hätte, falls der Papst ihnen den Eid nicht erlassen hätte, dem päpstlichen Befehle manhaft zu gehorchen. Dieses hervorragende Bekenntnis von Treue und Einigkeit mit dem Apostolischen Stuhle war dem Heiligen Vater willkommen, und er zweifelt nicht, daß dieser Treusinn der gelehrten Männer in alle Zukunft verharret. Indem ich Deiner Eminenz dies kundgebe usw. Rom, 10. Februar 1911. Kardinal Merry del Val.“

Wir wollen abwarten, was nun die deutsche liberale Presse hierzu sagt.

— Eine fette Erbschaftsteuer. Eine in Holland hinterlegte Erbschaft von 160 Millionen Mark soll in ein Taunusdorf kommen; die Erbschaft stammt aus dem 18. Jahrhundert. Wenn das Geld nach Deutschland fällt, erhält das Reich rund 40 Millionen Mark Erbschaftsteuer, d. h. den Höchstsatz von 25 Prozent.

— Was bei Berliner Bürgermeistern die Hauptsache ist, sagt das „Berl. Tagebl.“ aus Anlaß der Neuwahl in Schöneberg; es schreibt:

„Der neue Oberbürgermeister von Schöneberg ist erst 37 Jahre alt und also wohl das jüngste Stadtoberhaupt in Groß Berlin. Er ist verheiratet mit einer Professorentochter, die evangelisch ist, während er selbst der katholischen Religion angehört. Herr Dominicus ist katholisch, aber keineswegs „Merital“ und er wurde in Esch-Lotzbringen gerade von den Zentrumstreifen nur wenig geliebt. Vor einiger Zeit sollte er Oberbürgermeister in Weg werden, aber seine Wahl wurde durch die Merkmalen zum Scheitern gebracht, die in seiner Abwesenheit behauptet hatten, er habe in seinem schriftlichen „Lebenslauf“ Unwahrheiten gesagt. Die Merkmalen begnügen sich, als Dominicus von dieser Intrige erfuhr, ihren Vorwurf dann zurückzuziehen, aber für das Meyer Wahlresultat kam der Klugheit zu spät. Und ebenso wie der Katholik Dominicus dem Zentrum gegenüber seine Unabhängigkeit gewahrt, scheint auch Regierungsrat Dominicus der Regierung gegenüber keineswegs unermüdet zu sein. In Schöneberg haben ihn die linksstehenden Parteien, auch die der Sozialdemokraten, gewählt.“

Da hat man es. In Berlin wurde seinerzeit Reich gewählt, weil er als Freigeist im Konfessionsamt nicht mehr arbeiten konnte. Wie er sich bemüht hat, sagt sein Verhalten beim Verkauf des Tempelhofer Feldes. Dominicus wird wegen antikerischer Gesinnung gewählt. Aber manche Schöneberger haben doch ein Herabklettern bekommen, als sie erfuhr, der Oberbürgermeister sei Katholik.

Österreich-Ungarn.

— 25 Jahre im Dienste der Presse. Anfang Februar d. J. waren es 25 Jahre, seit Verlagsleiter Joseph Gütler als Verlagsjournalist in die Redaktion der „Österreichischen Volkszeitung“ in Wandsdorf eintrat, nachdem er bereits vorher bei verschiedenen christlichen Wäntern als Mitarbeiter gewesen. Er redigiert seit mehr als 20 Jahren die bislang einzige österreichische katholische Familienzeitschrift „Zimmergrün“. In unermüdlicher und verbrossener Arbeit und in gewissenhafter Erfüllung leuchtete der Jubilar allen seinen Kollegen stets voran. Neben dem „Zimmergrün“ gab er die in aller Welt bekannte und mit den glänzendsten Lobeshuldigungen hervorragender Männer ausgezeichnete Broschürensammlung „Volksausklärung“ heraus. Seine reiche Tätigkeit in der Organisation, insbesondere bei Leitung des Christlichsozialen Verbandes, als Berater und Pfadfinders auf den mannigfachen Gebieten des öffentlichen Lebens der österreichischen Katholiken zu schildern, würde zu weit führen. Immerhin darf kurz gesagt werden, daß Herr Gütler sowohl auf dem Gebiete der Presse wie der katholischen Organisation bei allen größeren Aktionen als Anreger oder Förderer tätig gewesen ist und noch ist, ohne damit die Verdienste anderer Mitarbeiter schmälern zu wollen. Möge es dem Jubilar gegönnt sein, noch so manchen seiner Lieblingspläne verwirklicht zu sehen und der heiligtischen wie politischen Presse, wie auch den christlichen Volksorganisationen seine wertvollen Dienste noch viele Jahrzehnte hindurch zu weihen.

Rußland.

— Die Cherkower revolutionäre Kampfliga hat eine Flugchrift in Odessa verbreitet und in zahlreichen Exemplaren an den Mauern anschlagten lassen, worin sie mitteilt, daß das Todesurteil über vier im Dienste der Regierung stehende Kommissare gefällt sei. Das Urteil werde in

drei Tagen vollstreckt sein. Die Kommissare hatten sich durch ihr strenges Vorgehen gegen die Revolutionäre verhasst gemacht und dadurch ihr Todesurteil heraufbeschworen.

Kurze.

— Die Lage im Jemen hält man für gebessert. Ein Teil der Aufständischen, welche Sana belagern, ist abgezogen. Die Belagerer von Zerim sind nach mehreren verlustreichen Zusammenstößen zurückgeworfen worden. Bei Zemar wird fortwährend gekämpft.

Maroko.

— Neue Kämpfe? 15 kleine Stämme im Süden von Laurit und Debdu wollen sich nicht nur gegen die Franzosen, sondern auch gegen die Regierung des Sultans wenden. Infolgedessen werde es notwendig sein, mit den in Ujda lebenden französischen Truppen einen Feldzug gegen die aufständischen Stämme zu unternehmen, um sie in ihre Schranken zurückzuweisen.

Amerika.

— In der Republik Haiti scheint seit einigen Tagen eine Schreckensherrschaft zu bestehen. Die Anhängerschaft des Führers der Revolution, Leconte, wächst von Tag zu Tag. Die Regierung hat scharfe Maßnahmen ergriffen, um den Aufruhr zu bekämpfen und täglich werden Hinrichtungen vorgenommen. Der Kommandant der Regierungstruppen in Jacmal wurde vorige Woche nach Port au Prince gerufen, wo er eine Riste ausgehändigt erhielt, auf der die Namen von 36 hinzurichtenden Persönlichkeiten standen. Am Abend seiner Rückkehr nach Jacmal wurde er jedoch selbst erschossen; man fand seine Leiche, von 20 Kugeln durchbohrt, vor. Die Revolution greift immer weiter um sich. Die Revolutionäre sollen die Stadt Quanamith niedergebrannt haben.

Aus den deutschen Kolonien.

— Neue Aufstandsgeschichte in Südwestafrika? Aus Südwestafrika kommt die überraschende Kunde von einer abermaligen Bewegung unter den Eingeborenen des Schutzgebietes. Sie wird unterstützt von den Anhängern des fast vor 3 Jahren nach der Kapitulation geflohenen Häuptlings Simon Kopper, der dank der Mitwirkung der englischen Regierung mit dem Rest seines Stammes in angemessener Entfernung von der Grenze in Britisch-Westafrika landes angeordnet worden war. Die Leute Simon Koppers scheinen bereits ins deutsche Gebiet eingedrungen zu sein. Der Schauplatz der Aktion der Leute Simon Koppers liegt nach dem „Berl. Lok.-Anz.“ südlich von Warmbad, dort, wo im äußersten Süden des Schutzgebietes der Orange-River die Grenze zwischen Deutsch-Südwestafrika und der Kapkolonie bildet. Simon Kopper, der alte Feind der Deutschen, ist der Nationalheld der Hottentotten, der sich bei ihnen großer Beliebtheit erfreut. Sein erneutes Auftreten ruft die Erinnerung wach an das schwere und verlustreiche Gefecht, das deutsche Truppen unter Führung des Hauptmanns v. Eckert hatten, als sie im März des Jahres 1908 versuchten, Simon Kopper und seine 200 Mann zählende Anhänger nach großen Schwierigkeiten in der Kalahari aufzuheben. Die deutsche Expeditionskolonie griff seine dort gelegene Werk an, wobei zwei Offiziere und 12 Mann fielen und drei Offiziere und 14 Mann verwundet wurden, unter den Gefallenen befand sich auch Hauptmann v. Eckert, und von den schwer verwundeten Reitern erlagen später noch zwei ihren Wunden. Simon Kopper zog sich darauf auf englisches Gebiet zurück. Offensichtlich gelingt es, des gefährlichen Hottentottenführers, der bisher stets zu entschlipfen wußte, jetzt endlich habhaft zu werden, trotzdem auch die Wondelzwarts mit ihm im Bunde zu sein scheinen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 15. Februar 1911.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg nahm heute vormittag 11 Uhr im Residenzschlosse den Vortrag der Hofdepartementschefs entgegen.

— Hofkonzert. Am 7. März findet im Residenzschlosse ein Hofkonzert statt.

— Zentrumswahlverein für das Königreich Sachsen. Ortsgruppe Zittau-Ostrik. Sonntag den 19. Februar nachmittags 1/2 Uhr findet im Kreischausaal zu Seitendorf eine Zentrumswahlerversammlung statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Lehrer Lorenz-Zittau, wird sprechen über Zentrumspolitik. Alle Zentrumswähler von Seitendorf, Reichenau und Königshain sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Anschließend daran ist Diskussion über Ausbau unserer Organisation. Zentrumsmänner! Der Vorstand der obigen Ortsgruppe appelliert an eure so oft bewiesene Treue im Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht! Es gilt öffentlich zu dokumentieren, daß die Mehrzahl der katholischen Männer der Südlausei unerschrocken wie bisher auch in den jetzigen stürmischen Zeiten eintritt für jene große deutsche christliche Reichs- und Volkspartei, die sich zum Ziele gesetzt hat die Hebung aller Volksklassen in wirtschaftlicher und moralischer Beziehung und zwar auf dem Boden christlicher Weltanschauung.

— Das Königl. Kriegsministerium hat bekanntlich beschlossen, den Königl. Sächs. Militärvereinen, welche Mitglieder des Königl. Sächs. Militärvereinsbundes sind, zur Förderung des Schießsportes Gewehre und Munition zu überlassen. Es werden Gewehre 88 und hierzu gehörige scharfe Patronen verabsolgt. Die Abgabe von Gewehren und Munition an einzelne Bundesmitglieder ist unzulässig. Außerdem hat das Königl. Kriegsministerium den Bundesvereinen auch die Benutzung von Truppenschießständen in Aussicht gestellt. Die Gesuche um Ueberlassung der Gewehre und Patronen sind durch die Bezirksvorsteher bei dem Präsidium des Königl. Sächs. Militärvereins einzureichen. Die Preise betragen für ein Gewehr 88 10 Mk. und für 100 scharfe Patronen hierzu 7 Mk. Wegen der Benutzung von Truppenschießständen haben sich die Militär- und Kriegervereine direkt mit den Garnisonkommandos ins Einvernehmen zu setzen. Selbstverständlich darf der Schießdienst der Truppen durch das Schießen der Militär- und Kriegervereine in keiner Weise gekürzt oder beeinträchtigt werden.

— Deutsch-katholische Nationalstreife. Die „Völpiger Neuest. Nachr.“ schreiben in ihrer Nr. 44 über den Antimodernisteneid: